

Viel Sicherheit durch wenig Kriminalprävention?

Bemerkungen zum »Fall Wien«

■ Wolfgang Stangl

1. Einleitung

»Wien ist anders«, so steht es auf kaum zu übersehenden riesigen Werbetafeln geschrieben, die die großen Einfahrtsstraßen nach Wien schmücken und deren Botschaft sich vor allem an die touristisch Interessierten wendet und weniger an jene, die alle Tage den selben Weg zu ihrem Arbeitsplatz nehmen. Angekündigt wird eine Differenz, die diese Stadt von anderen europäischen Metropolen unterscheiden soll und angespielt wird wohl auf Ringstraße und Graben, auf Klimt und Schiele, Mozart natürlich und den Wiener Walzer samt Wiener Schnitzel und Sachertorte. So ganz unreal scheint die Botschaft nicht zu sein, zählt Wien doch zu den beliebtesten Städtedestinationen Europas und in den Rankings der Lebensqualität in europäischen Städten pflegt Wien sich mit Zürich oder Vancouver um den ersten Platz zu duellieren.

Der nachfolgende Text handelt von einer Differenz, die zumindest bis jetzt in Tourismuskonzepten von Werbeagenturen keine Rolle spielt auch wenn es sich um ein eminent kulturelles Phänomen handelt und das »Lebensgefühl« in der Stadt nicht unerheblich beeinflusst. Die Rede ist von der Kriminalprävention in Wien, die als Teil des InSec-Projekts¹ untersucht wurde. Aus den gesammelten Ergebnissen dieses vergleichenden EU-Projekts werden zunächst die wichtigsten Befunde darüber dargestellt, wie die Wiener Polizei und städtische Organisationen Kriminalprävention konzipieren und ihre Umsetzung darstellen. Dabei wird deutlich, wie vergleichsweise wenig Kriminalprävention auf diesen Ebenen in organisierter und beabsichtigter Weise in dieser Stadt passiert. Dieses erstaunliche Phänomen in einer modernen Großstadt, die im Zentrum Europas gelegen ist und die rund 1,6 Millionen Einwohner zählt, ist Gegenstand dieser Analyse.

2. Die Wiener Polizei

Zunächst kann hinsichtlich der gesetzlichen Bestimmungen zur Kriminalprävention festgehalten werden, dass dieses Thema einen vergleichsweise geringen Stellenwert in der österreichischen Legistik einnimmt. Ein Präventionsgesetz

wie z.B. in Großbritannien der »Crime and Disorder Act« aus dem Jahr 1998 (dazu Crawford 1999), in Frankreich die »Loi Pasqua« (Gilly 1997) oder wie neuerdings in einigen zentral- und osteuropäischen Ländern (Czapska 2001), in dem eine nationale Präventionsstrategie entwickelt und gesetzlich verbindlich formuliert worden ist, ist in Österreich unbekannt.

Grundlage der kriminalpräventiven Tätigkeit aller Corps der Polizei und der Gendarmerie ist § 25 Sicherheitspolizeigesetz samt einiger Verordnungen und Erlässe.

Bezogen auf Wien gehen wir im Folgenden auf die Kriminalpolizeiliche Beratung (KB) und die Kontaktbeamten der Sicherheitswache näher ein.

Kriminalpolizeiliche Beratung

Das Wiener Sicherheitsbüro wurde in den frühen 70er Jahren aktiv, um kriminalpräventives Wissen in der Bevölkerung zu verbreiten. Es waren vor allem britische Polizeierfahrungen die in Wien dafür genutzt wurden, kriminalpräventive Aktivitäten zu initiieren. Seit 1974 gibt es die »Kriminalpolizeiliche Beratung« (KB), (heute) ein Büro des Kriminalamtes der Bundespolizeidirektion Wien, das aus einem Beratungszentrum (in der Andreasgasse im 6. Wiener Gemeindebezirk) für die – mehr oder weniger technische – Prävention von Eigentumsdelikten besteht. BürgerInnen sowie Geschäfts- und Wirtschaftstreibenden der Stadt wird die Möglichkeit angeboten, sich von geschulten BeamtInnen einschlägig informieren und beraten zu lassen.

Zu diesem Büro zählen auch noch die Gruppen »Gewaltprävention«, »Suchtprävention« und die Gruppe »Sexualdeliktprävention«. Daneben gibt es noch MitarbeiterInnen für Prävention bei Fußballfans (Hooligans) oder Stalking.

• Prävention von Eigentumsdelikten

Die Beratung im Beratungszentrum ist kostenlos und anonym und wird durch die Gruppe »Sicherheitstechnik« durchgeführt. Modelle von einbruchssichernden Türen, Fenstern und Gerätschaften werden in den Räumlichkeiten ausgestellt und die Interessenten werden von SpezialistInnen der Wiener Polizei beraten.

Im Jahr 2002 suchten 1315 Interessierte das Zentrum persönlich auf, 1840 telefonische Anfragen wurden bearbeitet, und in 594 Fällen wurden von den BeamtInnen Beratungen vor Ort durchgeführt.

Zu den Aktivitäten gehört auch die Präsenz bei entsprechenden Sicherheitsmessen und –Veranstaltungen, bei denen ebenfalls Beratungen vorgenommen werden.

• Gruppe Gewaltprävention

Acht BeamtInnen der KB sind in diesem Bereich tätig. Ihr primäres Aufgabengebiet ist die Kinder- und Jugendbetreuung in familiären Zusammenhängen, aber auch in Parks und anderen öffentlichen Bereichen. In Zusammenarbeit mit der Wiener Interventionsstelle werden auch misshandelte Frauen betreut. Für das Jahr 2002 sind 220 derartige Kontakte registriert.

Die Betreuung von Fußballanhängern (im wesentlichen jener der beiden Wiener Großclubs Rapid Wien und Austria Wien) ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt. Kooperationen mit der Österreichischen Bundesliga bestehen.

Schließlich ist noch die Seminartätigkeit zu Themen der Gewalt in Wiener Schulen zu erwähnen. Laut Jahresbericht 2002 wurden insgesamt 199 Wiener Schulklassen betreut.

Neben den erwähnten acht hauptamtlichen PräventionsbeamtInnen kommen noch ca. 40 SicherheitswachebeamtInnen, die ebenfalls Schulen durch Seminartätigkeit betreuen. Diese MitarbeiterInnen werden als PräventionsbeamtInnen geführt, leisten aber ihre Tätigkeit neben einem normalen uniformierten Streifendienst. Diese der Prävention dienenden Aufgaben werden nicht gesondert entlohnt und finden in der normalen Dienstzeit statt (auch für die übernommenen Aufgaben im Bereich der Sucht- oder Sexualdeliktprävention ist keine gesonderte Entlohnung vorgesehen).

• Gruppe Suchtprävention

Vier Personen arbeiten zur Zeit als SuchtexpertInnen, die auch als SuchtberaterInnen für legale wie illegale Drogen und auch andere Suchtformen ausgebildet sind. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen Schulen, in denen Vorträge

für Schüler, aber auch Lehrer und Schulärzte angeboten werden. Im Jahr 2002 fanden 322 derartige Schulveranstaltungen statt.

Analog zur Gruppe Gewaltprävention gibt es auch im Suchtbereich 19 SicherheitswachebeamtenInnen, die im Sinne der Suchtvorbeugung in Schulen Vorträge halten.

Ein anderes Tätigkeitsfeld ist die Peer-Ausbildung in Schulen mit dem Ziel, entsprechend angeleitete ältere Schüler zu motivieren, jüngeren Schülern bei Suchtproblemen beizustehen.

Beide Aktivitäten wurden extern evaluiert und in beiden Bereichen zeigten sich überwiegend günstige Ergebnisse (Karazman-Morawetz 2002).

• Gruppe Sexualdeliktsprävention

Zielgruppen dieser Präventionseinheit sind in erster Linie Frauen und Mädchen. Eine Beamtin ist zur Zeit als Spezialistin tätig und schult weitere BeamtInnen, die ebenfalls in diesem Bereich aktiv sein werden. Die Stärkung des Selbstbewusstseins von Frauen sowie die Organisation von Selbstverteidigungskursen bildet das Tätigkeitsfeld. 2002 wurden Veranstaltungen in 63 Wiener Schulen durchgeführt, dazu kommen Meetings mit Eltern und Lehrern.

In diesem Präventionsfeld gibt es wiederum acht SicherheitswachebeamtenInnen, die unter fachlicher Koordination der Kriminalpolizeilichen Beratung in Schulen tätig sind.

Kontaktbeamte (KOBs)

Dieser Typus von Präventionsbeamten, die dem Corps der uniformierten Sicherheitswachebeamten angehören, wurden seitens der Bundespolizeidirektion Wien (BPD-Wien) im Jahr 1977 eingeführt und bildeten die Nachfolge der Rayonsbeamten, die im Zuge der Motorisierung nicht länger »ihren« Rayon zu Fuß betreuten. 1984 kamen die Jugendkontaktbeamten mit der Aufgabe hinzu, Kontakte mit Jugendlichen »in Schwierigkeiten« aufzunehmen. Bis zum Sommer 2003 waren von den rund 5.500 Wiener SicherheitswachebeamtenInnen ca. 300 auch als KOBs tätig. Das bedeutet, dass sie ihre Arbeit als Kontaktbeamte freiwillig mit dem Ziel verrichteten, die »Solidarität, Toleranz und Humanität« in der Gesellschaft zu befördern (aus einem Erlass der BPD-Wien). Diese Ziele sollen durch Gespräche mit BürgerInnen im Rayon über Alltags- wie Fachfragen, die die Kriminalprävention betreffen, erreicht werden. Weiters zählt zu ihren Aufgaben präventionsorientierte Veranstaltungen entweder zu organisieren oder zu besuchen, Kooperationen zu einschlägigen Organisationen – wie etwa die KB – aufzubauen und zu pflegen sowie insgesamt Informationen zu sammeln, die die Tätigkeit der Wiener Polizei verbessern und bürgernäher gestalten soll.

Die KOBs haben keine besondere Ausbildung durch den Dienstgeber, Dokumentationen wie auch Evaluationen der verschiedenen präventiv gestalteten Tätigkeiten und Projekte existieren dem Vernehmen nach nicht.

Eine neue Entwicklung könnte sich durch die Polizeireform in Wien anbahnen, die im Sommer 2003 in Kraft getreten ist. Dadurch wurden alle uniformierten SicherheitswachebeamtenInnen, so weit sie in den 1750 Wiener Rayons tätig sind, zu RayonspolizistInnen erklärt, die nunmehr die Tätigkeit der KOBs zu erfüllen haben. Seitens der Polizeiführung wurde mitgeteilt, künftig besondere Schulungen anbieten zu wollen, über die Evaluation der Dienstverrichtungen dieser RayonspolizistInnen werde, so wurde gesagt, nachgedacht.

Tatsache scheint, dass mit Einführung der RayonspolizistInnen die Institution »KOB« ausgedient haben dürfte. Eine offizielle Aufhebung erfolgte bis dato jedoch nicht.

In unserem Forschungsprojekt wird sichtbar, dass das KOB-Projekt (wie auch anderen, durch eine vergleichbare Philosophie inspirierte Projekte) vor allem polizeintern von Beginn an kritisiert wurde. In der Literatur wie auch in den durch uns durchgeführten Interviews finden sich etwa folgende Kritikpunkte: es existiere kein Konzept für Community Policing in Wien (wie in Österreich), wodurch das KOB-Projekt nicht genügend professionell durchgeführt werde; auch Erfahrungen von KOBs belegen, dass ihre Tätigkeit innerhalb der Polizei umstritten blieb und dass die kommunikative Kompetenz in der Polizei wenig Prestige besitzt; berichtet wird weiters, Präventionsarbeit durch KOBs schlage sich in der Bewertung der Tätigkeit durch den Dienstgeber nicht nieder; die zentralistische Struktur der Polizei lasse erfolgreiches Community Policing nicht zu; schließlich wird auch darauf hingewiesen, dass insgesamt die Motivation in der Wiener Polizei für präventive im Verhältnis zu repressiven Tätigkeiten nicht hoch sei.

Wenn wir die Tätigkeiten der Kriminalpolizeilichen Beratung und jene der uniformierten SicherheitswachebeamtenInnen bzw. der RayonspolizistInnen unter dem Gesichtspunkt ihrer präventiven Aktivitäten zusammenfassen, so gelangen wir zum Ergebnis, dass die Kriminalpolizeiliche Beratung polizeintern weniger umstritten ist als jene der KOBs, dass diese durch weniger organisatorische Brüche und Neuanfänge gekennzeichnet ist als jene, dass aber insgesamt Kriminalprävention in der Wiener Polizei im Sinne einer geplanten Tätigkeit und Zuständigkeit einen erstaunlich niedrigen Stellenwert besitzt – ein Umstand, der auch in anderen Einrichtungen sichtbar wird, wie sich im weiteren erweisen wird.

Ausdruck dafür ist nicht zuletzt auch die organisatorische Eingliederung der Kriminalpolizeilichen Beratung nach der Wiener Polizeireform 2003 in die neu geschaffene Kriminaldirektion 3

(Teil des Kriminalamtes Wien). Diese beinhaltet neben der Kriminalpolizeilichen Beratung Referate wie Erkennungsdienst und Kriminaltechnik, Fahndung, Sicherung und Sichtung von automationsunterstützt verarbeiteter Beweismaterial (Datensicherung) und ein Operatives Servicecenter. Folgt man dem Organigramm der Kriminaldirektion 3, so ist die Kriminalpolizeiliche Beratung mit allen Aktivitäten, die zuvor beschrieben wurden, erst in der fünften Hierarchieebene angesiedelt, ein Umstand, der den »erstaunlich niedrigen Stellenwert« der Kriminalprävention illustriert, von dem eingangs die Rede war.

3. Organisationen auf städtischer Ebene

Im Folgenden geht es um Organisationen, die entweder von der Stadt Wien finanziert werden oder die im Stadtgebiet tätig sind, sich mit Kriminalprävention beschäftigen, aber durch andere Träger als die der Gemeinde oder ihr nahestehender Vereine finanziert werden.

Fasst man die in der Stadt tätigen Organisationen, die mit Kriminalprävention befasst sind, nach Arbeitsbereichen zusammen, so bietet sich eine Dreiteilung an: Zunächst gibt es einen Bereich Drogen- bzw. Suchtprävention (Uhl und Springer 2000, 65ff), der Diagnose-, Behandlungs-, Beratungs-, Betreuungs- und Rehabilitationseinrichtungen umfasst. Im Präventionsspektrum der städtischen Wiener Aktivitäten scheint der Drogen- und Suchtbereich der am meisten bearbeitete und auch dokumentierte Arbeitsbereich von Präventionseinrichtungen zu sein². Unter dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit städtischer Probleme ist dies ein interessanter Befund. Wir konnten uns im Rahmen des InSec-Projekts beinahe ausschließlich nur auf Aktivitäten des »Fonds Soziales Wien« beschränken, einer gemeinnützigen Einrichtung, in der u.a. Aktivitäten in Sachen Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe der Stadt Wien gebündelt werden. Die gemeinnützigen Zielsetzungen beinhalten: die Verbesserung der Gesundheit und des Gesundheitsbewusstseins der Bevölkerung; primäre, sekundäre und tertiäre Suchtprävention; medizinische, psychische und soziale Beratung, Behandlung und Betreuung von Suchtgefährdeten und Suchtkranken und die Rehabilitation und gesellschaftliche Integration von Suchtgefährdeten und Suchtkranken.

Als zweites Feld städtischer Präventionsarbeit werden Organisationen beschrieben, die im Kinder- und Jugendbereich tätig sind, und zum Schluss werden noch zwei Organisationen vorgestellt, die der Prävention im Gewaltbereich zuzuordnen sind.

• **Städtische Drogen- und Suchtprävention**
Die Präventionseinrichtungen des »Fonds Soziales Wien« unterliegen einem ständigen Reformprozess, so dass es für die Forschung schwierig ist, alle Aktivitäten und Veränderungen zu dokumentieren und den dafür zuständigen Organisationseinheiten zuzuordnen.

Teilorganisationen innerhalb des »Fonds«, mit denen wir uns im Rahmen von InSec näher beschäftigt haben, sind z.B. das »Institut für Suchtprävention« und der Spitalsverbindungs-dienst »CONTACT«.

Das »Institut für Suchtprävention«, Anfang der 1990er Jahre als »Informationsstelle für Suchtprävention« gegründet, hat primärpräventive Aufgaben im Drogen- und Suchtbereich. Der Zugang zur Prävention ist nicht auf den Bereich der Kriminalprävention beschränkt, sondern lässt auch genügend Spielraum für Themen wie Gesundheit und Sozialpolitik. Das Programm dieser Stelle beinhaltet ein Informationsservice für interessierte Laien und Experten. Die Zielgruppen umfassen Lehrer, Sozialarbeiter, Krankenschwestern, Firmenmanager, Elternräte und andere Multiplikatoren. Weiters werden regelmäßig Workshops und Informationsabende organisiert, Informationsmaterial zum Thema wird hergestellt und verteilt und eine Spezialbibliothek einschließlich einer Videothek stehen interessierten Personen zur Verfügung. Im Jahr 2003 waren acht MitarbeiterInnen beschäftigt.

Die Aufgabe von »CONTACT« besteht in der Organisation des Spitalsverbindungsdienstes. Drogensüchtige Patienten in den Spitälern werden durch fünf SozialarbeiterInnen zusammen mit der Leiterin in sozialer und beruflicher Hinsicht betreut. Mit den stationär untergebrachten Patienten Zukunftsperspektiven zu entwickeln, Verbindung mit anderen Institutionen herzustellen, sich um rechtliche, private oder Wohnungsangelegenheiten zu kümmern zählt zu den Tätigkeiten des CONTACT-Teams.

• Städtische Kriminalprävention im Jugendbereich

Für den Jugendbereich sollen zwei Beispiele genannt werden. Der Verein Jugendzentren der Stadt Wien ist ein gemeinnütziger Verein mit 250 Beschäftigten. Er betreibt 30 Jugendzentren und übernimmt öffentliche Aufgaben in den Bereichen: offene Kinder- und Jugendarbeit in Jugendzentren und Jugendtreffs, mobile Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit und Kurszentren. Die primäre Zielgruppe sind in Wien lebende Jugendliche. Im Rahmen der Gemeinwesenorientierung richten sich deren Angebote auch an Kinder und Erwachsene, insbesondere Frauen. Das Ziel des VJZ ist, Kindern und Jugendlichen dabei behilflich zu sein einen anerkannten Platz in der Gesellschaft zu finden. Der Verein Wiener Jugendzentren verfügt über umfassende Dokumentationsmaterialien bezüglich seiner Aktivitäten.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf den Verein »Neustart«, vormals »Bewährungshilfe und soziale Arbeit«. Der Verein Neustart hat mehrere Zweigstellen in Wien und die Haupttätigkeit besteht in der sozialarbeiterischen Betreuung straffällig gewordener Klienten (hauptsächlich Jugendliche und junge Erwachsene). Das Motto des Vereins

lautet: »Hilfe schafft Sicherheit«. Der Verein sieht seinen Tätigkeitsbereich als tertiär präventiv, ohne jedoch die eigene Tätigkeit zu evaluieren.

• Städtische Gewaltprävention

Schließlich sei noch kurz auf die Prävention im Gewaltbereich eingegangen und zwei Organisationen näher beschrieben.

Die Männerberatung ist ein gemeinnütziger Verein, der drei verschiedene Einrichtungen unter einem Dach beherbergt: eine Beratungsstelle, die kostenlose und anonyme Unterstützung anbietet, eine Therapiengemeinschaft für Männer, die längerfristig Hilfestellung gewährleistet, und eine Informationsstelle für Männer, die Kurse für Jugendliche und Männer anbietet, Tagungen organisiert und sich mit Fragen der Gewalt und des sexuellen Missbrauchs beschäftigt.

Der für diese wissenschaftliche Untersuchung besonders interessante Aufgabenbereich dieser Beratungsstelle beinhaltet die Thematik der Gewaltprävention. Jedes Jahr sind ungefähr 200 bis 300 Männer in Gewalttherapie. Ebenso wird Gewaltprävention auch mit männlichen Jugendlichen betrieben, wobei die Stärkung eines positiven Selbstgefühls, die Überwindung von Sprachlosigkeit und blindem Aufbegehren das Ziel sind.

Das Spektrum der Mitarbeiter der Männerberatung umfasst einen Psychologen, fünf Psychotherapeuten, einen Sozialarbeiter und fallweise einen Juristen.

Die Wiener Interventionsstelle als zweites Beispiel basiert auf dem »Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie« (vgl. Haller 2003) und ist Teil der Reform, die zur Unterstützung von Opfern von Gewalttaten durchgeführt wurde. Die Stelle beschäftigt neun MitarbeiterInnen mit verschiedener Qualifikation. Die Kontaktaufnahme mit der Interventionsstelle geschieht entweder durch die Opfer (hauptsächlich Frauen) selbst, nachdem eine Polizeiintervention stattgefunden hat, oder durch die MitarbeiterInnen der Interventionsstelle, die die Opfer aktiv kontaktieren. Die Opferunterstützung umfasst Rechtshilfe, Therapie, Hilfe und Unterstützung bei Kontaktaufnahme mit der Polizei, den Gerichtshöfen oder anderen Behörden und weitere Maßnahmen, die Frauen in ihrer Identität stützen. Im Jahre 2002 gab es insgesamt an die 1500 KlientInnen. Auf Grund geringer finanzieller Ressourcen ist die Evaluation der Leistungen der Wiener Interventionsstelle nicht durchführbar.

4. »Es ist sich noch immer irgendwie ausgegangen«

Zum Abschluss noch einige zusammenfassende Bemerkungen, die die Sonderstellung Wiens in Fragen der Kriminalprävention deutlich machen sollen.

• Betrachtet man die finanziellen und personellen Ressourcen und die organisatorische Verankerung von Kriminalprävention innerhalb der Wiener Polizei, so ist ihr Stellenwert als nachrangig zu bezeichnen. Das zeigt sich in den im Projekt durchgeführten Interviews wie auch im Umstand, dass eine öffentliche Diskussion oder eine fach- oder organisationsinterne Auseinandersetzung zu diesem Thema nur vereinzelt zu registrieren ist und kein wichtiges professionelles oder auch permanentes tagespolitisches Thema ist. Einzelpersonen und Einzelinitiativen innerhalb der Polizei versuchen (teilweise seit Jahren) die Präventionsperspektive zu stärken (Stummvoll 2003), haben jedoch diesbezüglich mit Status- und/oder auch mit Budgetproblemen zu kämpfen, oder werden aus politischen Gründen attackiert (Prose 1993, Mahrer 1995/1996, Fehervary 1996).

Dazu kommt, dass Österreich zur Zeit die größte Polizeireform seit Bestand der II. Republik erlebt. Im Mittelpunkt steht primär die organisatorische Zusammenführung der bis dato getrennten Polizei- und Gendarmeriecorps. Es gibt beträchtliche interne Widerstände gegen diese Reform sowie gegen das damit verbundene Sparprogramm der Bundesregierung. Da im Zuge dieses Reformprozesses alle Innovationspotentiale in der Organisation ausgeschöpft zu sein scheinen, ist die zusätzliche Veränderung durch die Installierung von nachhaltig wirksamen kriminalpräventiven Programmen nur schwer möglich. Auch im Organigramm der künftigen Landespolizeikommandos findet sich keine eigene Abteilung für »(Kriminal-) Prävention«. Lediglich auf der vierten Hierarchieebene wird ein Fachbereich bzw. Referat »Kriminalpolizeiliche Beratung« installiert. Daraus lässt sich vermutlich auch die spätere budgetäre Dotierung dieses Bereiches erkennen.

Bemerkenswert ist auch der Umstand, dass auf allen von uns untersuchten Ebenen die Evaluation kriminalpräventiver Tätigkeiten/Initiativen nur sporadisch erfolgt. Ausnahmen sind die Kriminalpolizeiliche Beratung, die eine Wirkungsstudie über ihre Beratungstätigkeit durchführen ließ (Karazman-Morawetz 2004). Auch die Suchtprävention im Rahmen des Fonds Soziales Wien verfügt zumindest über entsprechende Dokumentationen über ihre Tätigkeit und vereinzelt über Prozessevaluationen.

Der »defensive Charakter« von kriminalpräventiven Aktivitäten ist ein weiteres Kennzeichen der Wiener Polzeisituation. Langfristige Planung von präventiven Projekten, anstelle anlassbezogener Initiativen, die von mehreren Organisationen getragen und durchgeführt werden, ist in Wien praktisch unbekannt.

Das Kontaktbeamtenprojekt (und etwa das Projekt VIPER der Wiener Polizei) verstehen sich als Präventionsprojekte, konnten aber die Kultur der Wiener Polizei nicht nachhaltig beeinflus-

sen. Ob die neuen »RayonspolizistInnen« dies zu verändern vermögen, wird sich weisen. Eine Evaluation ist bisher nicht erfolgt.

- Auch auf der **politischen Ebene** findet sich das Thema »Kriminalprävention« zwar anlassbezogen, ist aber nicht nachhaltig politikfähig. Auch politische Kampagnen der FPÖ rund um die (Fremden-)Kriminalität hatten keine nachhaltigen Auswirkungen auf unser Thema, zumal sie primär Repression und kaum Prävention einfordern. Am ehesten ist noch die Grüne Partei mit Präventionsthemen an die Öffentlichkeit getreten.
- **Expliziter Widerstand gegen Präventionskonzepte** und überhaupt gegen die einschlägige Begrifflichkeit findet sich im Bereich städtischer Jugendarbeit. Prävention rücke, so die Begründung, Jugendliche in die Nähe von Kriminalität und es würde durch die Installierung derartiger Projekte auch der Gedanke Verbreitung finden, Jugendliche seien eine Bevölkerungsgruppe, die besonders zur Kriminalität neige. Präventionsaktivitäten z.B. in Schulen oder auch Jugendzentren zeichnen sich durch ihr wohlfahrtsstaatliches Verständnis aus. Schüler und Jugendliche sind in ihrer Identitätsentwicklung zu unterstützen, die Organisationen fühlen sich für die Entwicklung der ihnen anvertrauten Jugendlichen verantwortlich. Vielfach handelt es sich um allgemeine Erziehungsprogramme mit kriminalpräventiven Komponenten. Zwischen Täter und Opfer als Zielgruppe wird oftmals nicht unterschieden. Die Selbsteinschätzung in den Organisationen über die kriminalpräventive Wirkung ihrer Tätigkeiten ist unsicher oder als Thema nebensächlich. Systematisch gesehen bewegen sich diese Initiativen vornehmlich im Bereich der Primärprävention. Teilweise ist auch die Wiener Kriminalpolizei durch ihre Aufklärungstätigkeit über Drogen und Drogenkonsum in Wiener Schulen ebenso eingebunden wie der Fonds Soziales Wien (Karazman-Morawetz 2002). Insbesondere im Drogen- wie auch im Gewaltbereich sind die hier untersuchten Organisationen hauptsächlich im Tertiärbereich angesiedelt. Auch darin zeigt sich die wohlfahrtsstaatliche Orientierung (»Helfen statt Strafen«). Die Klienten sind durch entsprechende professionelle Maßnahmen zu unterstützen um nicht weiter deviant zu handeln.
- Hinsichtlich der in Österreich tätigen **Sicherheitsunternehmen** sei hier nur aus Gründen der Vollständigkeit bemerkt, dass diese Branche so wie in anderen Ländern auch in Österreich in den letzten Jahren ökonomische Zuwächse verzeichnen konnte, dass ihre Bedeutung insbesondere bei der Herstellung öffentlicher Sicherheit im europäischen Vergleich jedoch gering ist. Österreich zählt zu jenen Ländern, in denen die Anzahl von Angehörigen von Sicherheitsunternehmen deutlich geringer ist, als jene von Polizei

und Gendarmerie. Während in Österreich 400 Polizisten/Gendarmen und 75 Angehörige von Sicherheitsfirmen auf 100.000 Einwohner kommen, sind die Relationen z.B. in Polen 264 zu 517, oder in Ungarn 294 zu 470 (Stangl/Zetinigg 2003, 21-22). Ob diese doch großen quantitativen Differenzen unterschiedliche Sicherheitsstandards im öffentlichen Raum bedeuten, sei hier dahingestellt (Zedner 2003; Loader 1999).

- Während in vielen Städten Europas darüber diskutiert wird, wie Stadtbewohner noch weiter in Maßnahmen gegen Kriminalität in die Pflicht genommen werden und welche weitergehenden Formen von »**Public-Private-Partnership**« umgesetzt werden können, sind diese Entwicklungen in Wien zwar Thema von Veranstaltungen, von Ankündigungen oder Programmen, ohne dass von einer Strategie und einer grundlegenden Änderung der »culture of control« gesprochen werden könnte. Sucht man nach einer die Wiener Kriminalpolitik charakterisierenden Begrifflichkeit, so entspricht sie am ehesten noch einem Zusammenwirken von Organisationsstrategien und einem öffentlichen Verständnis, das David Garland (Garland 2001) zusammenfassen als »strafender Wohlfahrtsstaat« definiert hat, dessen Hauptcharakteristikum darin zu sehen ist, dass in dieser Konzeption dem Staat und diesem »vorgelagerte« Organisationen für den Umgang mit Kriminalität die entscheidende Kompetenz zufällt. Der Staat und seine bzw. mit ihm assoziierten Organe sind dafür verantwortlich, was mit Kriminalität geschieht und diese Philosophie ist (wenn auch mit gewissem Widerspruch) in Wien und Österreich immer noch gültig. Gestützt wird sie auch weitgehend von der Bevölkerung, die staatliche Leistungen auch in dieser Hinsicht einfordert. Der vergleichsweise schwach entwickelte Sicherheitsmarkt in Wien und Österreich ist eine Folge dieser »culture of control« (Stangl 2003). Die Partizipation vor Ort an kriminalpolitischen Maßnahmen etwa durch die StadtteilbewohnerInnen ist in Wien kulturfremd. Aus unterschiedlichen historischen Gründen sind in Großbritannien, in Deutschland, in Polen oder Ungarn kriminalpräventive Restrukturierungen der nationalen wie auch städtischen Kriminalpolitiken zu beobachten. Diese Umstellung der Kriminalpolitik, analysiert Crawford (1999, 47) als eine organisatorische wie auch gesellschaftliche Antwort auf Phänomene wie Machtmissbrauch, Ineffizienz, schwindendes öffentliches Vertrauen und Legitimationskrisen der staatlichen Apparate im Umgang mit Kriminalität. Alles dies ist selbstverständlich auch in Österreich in der einen oder anderen Form zu beobachten, aber wie ein hochrangiger Polizei-offizier im Interview auf die Frage, warum so wenige kriminalpräventive Maßnahmen und Projekte seitens der Wiener Polizei durchgeführt werden, so treffend sagte: »Es ist sich noch immer irgendwie ausgegangen.«

Literatur:

- Crawford, Adam (1999): The Local Governance of Crime: Appeals to Community Partnership, Oxford (University Press)
- Czapska, Janina (2001): Crime Prevention in the Former Soviet Bloc States. Selected legal and social aspects, in: Jan Widacki, Marek Maczynski, Janina Czapska (Hg): Local Community, Public Security. Central and Eastern European Countries under Transformation, Warszawa (Institute of Public Affairs) 2001, 177-186
- Fehervary, Janos (1996): Community Policing – nun auch in Wien, in: Walter Hammerschick, Inge Karazman-Morawetz und Wolfgang Stangl (Hg): Die Sichere Stadt. Prävention und lokale Sicherheitspolitik, Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1995, Baden-Baden (Nomos), 149-166
- Garland, David (2001): The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society, Oxford (University Press)
- Gilly, Thomas (1997): Die französische Gesetzgebung zur inneren Sicherheit im Lichte der Loi Pasqua, in: Kriminologisches Journal 3/1997, 186-210
- Haller, Birgitt (2003): Das Private wird politisch. Gewalt gegen Frauen und das österreichische Gewaltschutzgesetz, in: Wolfgang Stangl und Gerhard Hanak (Hg): Innere Sicherheiten. Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 2002, Baden-Baden (Nomos), 193-206
- Karazman-Morawetz, Inge (2002): Die suchtpräventive Arbeit des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes (KBD) und Effekte seiner Interventionen (beratende oder begleitende Tätigkeit) in Schulen. Fallstudie anhand zweier Schulprojekte in Wien, Wien (Forschungsbericht des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie)
- Karazman-Morawetz, Inge (2004): Die sicherheitstechnische Beratung der Kriminalpolizeilichen Beratung (KB). Eine Studie zur Evaluation der polizeilichen Beratung und zum Sicherheitsbedürfnis von Privatpersonen im Bereich des Eigentumsschutzes, Wien (Forschungsbericht des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie)
- Loader, Ian (1999): Consumer Culture and the Commodification of Policing and Security, in: Sociology 33, 373-394
- Mahrer, Karl (1995/1996): Community Policing in Wien – Zwischenbericht zum Durchbruch einer Strategie, in: Die Bundespolizei, November 1995, 18-19, Jänner 1996, 19-20
- Proske, Manfred (1993): Community Policing in Vienna, in: Dieter Dölling und Thomas Feltes (Hg): Community Policing – Comparative Aspects of Community Oriented Police Work, Holzkirchen (Felix-Verlag), 175-178
- Stangl, Wolfgang und Zetinigg, Birgit (2003): Politics of Crime Prevention in the City of Vienna, Wien (Forschungsbericht des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie)
- Stangl, Wolfgang (2003): Innere Sicherheiten durch und nach dem Wohlfahrtsstaat, in: Wolfgang Stangl und Gerhard Hanak (Hg): Innere Sicherheiten, Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 2002, Baden-Baden (Nomos), 17-38
- Stummvoll, Günter (2003): Theorie und Praxis der Kriminalprävention, Dissertation (Universität Wien)
- Uhl, Alfred und Springer, Alfred (2000): Leitbild der österreichischen Fachstellen für Suchtvorbeugung, in: Kurt Fellöcker und Silvia Franke (Hg): Suchtvorbeugung in Österreich, Wien (Springer), 65-84
- Zedner, Lucia (2003): Too much security?, in: International Journal of the Sociology of Law, Jg. 31, 155-184

Privatdozent Dr. Wolfgang Stangl ist Leiter des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie in Wien